

Die Stimmung hat sich gedreht: Rekommunalisierung & Enteignung

Vortrag zum Bildungsurlaub »Die Eigentumsfrage stellen«

in Bad Münster am Stein (Nahe), 9.-12. Oktober

von Alban Werner

Aufbau des Vortrags

- Einleitung
- Thesen
- Definitionen: Privatisierung und Rekommunalisierung
- Trend zur Rekommunalisierung
- Beispiele zur Rekommunalisierung
- Hegemoniepolitische Einordnung der Rekommunalisierung I: Historisch
- Hegemoniepolitische Einordnung der Rekommunalisierung II: Systematisch
- Schluss

Einleitung

»Das Thema Rekommunalisierung steht gegenwärtig ganz oben auf der kommunalen Agenda. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht eine Stadt prüft, ob der Wiedereinstieg in das operative Geschäft der Ver- und Entsorgung lohnt. Insbesondere die Energieversorgung bzw. die Gründung oder der Rückkauf von Stadtwerken stehen im Fokus der Debatte. Die Auseinandersetzung mit dem Thema ist zugleich Spiegelbild der grundsätzlichen Frage, inwieweit es in einer marktwirtschaftlich verfassten Wirtschaftsordnung einen Bedarf an öffentlicher Leistungserbringung im Sinne der Daseinsvorsorge gibt.«

- *Jens Libbe, Rekommunalisierung als Trend und Chance für Kommunen?, in: difu Berichte 3/2011, S. 2*

Thesen

1. *Es gab mehrere »Wellen« der Privatisierung in Deutschland, die sich aus unterschiedlichen Antriebe speisten und deren Kraft sich aber heute größtenteils erschöpft hat.*
2. *Es gibt einen supranationalen Trend zur Rekommunalisierung, in Deutschland mit starkem Schwerpunkt im Energiebereich.*
3. *Die Rekommunalisierung konnte zum breiteren gesellschaftlichen Trend werden wegen Eigenheiten, die sie als Option weit über das linke Spektrum hinaus als Option attraktiv machen.*
4. *Der Trend zur Privatisierung reihte sich ein in die Phase neoliberaler Dominanz und hätte ähnliche soziale Triebkräfte.*
5. *Der Umschwung hin zur Rekommunalisierung beruht auf Veränderung der Grundlagen für plausibles, problemorientiertes Handeln. Dies ist nicht zu verwechseln mit einer Gelegenheit für emanzipatorisch-transformatorisches Handeln.*
6. *Rekommunalisierung KANN eine Plattform sein, um in eine emanzipatorisch-transformatorische Vorgehensweise einzusteigen. Dazu muss sie um ihre Spannungsfelder und Begrenzungen wissen.*

Definitionen

»**Privatisierung** ist die (teilweise oder vollständige) Verlagerung einer Aufgabe vom öffentlichen zum privatwirtschaftlichen Sektor. Es beinhaltet das stärkere Vertrauen auf privatwirtschaftliche Akteure und Marktkräfte zur Erreichung sozialer Ziele oder die Aufgabe der sozialen Ziele, mit denen die fragliche Aufgabe vormals verbunden wurde. Durch die Verantwortungsübertragung von Staat bzw. Regierung auf den Markt ändert sich der institutionelle (Handlungs)Rahmen, durch den Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Organisation ihre individuellen und gemeinsamen Interessen ausdrücken, vermitteln, befördern und durchsetzen.«

- *übersetzt und ergänzt aus Feigenbaum, Henig, Hammett 1998, 36*

Privatisierungstyp	Träger	Rechtsform	Finanzierung	Ziel des Wirtschaftens	Methode des Wirtschaftens	Rolle der Endverbraucherin	Beispiel
<i>Formelle oder Organisationsprivatisierung</i>	Mehrheitlich staatlich	Privatunternehmen, z.B. Aktiengesellschaft	Verkehrsverträge, Zuschüsse, Einnahmen	Bedarfsdeckung/ Gewinn (?)	Betriebswirtschaftliche Methoden	Kundin	Deutsche Bahn
<i>Outsourcing</i>	Privat	Privatunternehmen	Staatliche Gelder	Gewinn	Betriebswirtschaftliche Methoden	Abnehmerin/ Nutznießerin	Private Gebäudereinigung
<i>Vermögensprivatisierung</i>	Privat	Privatunternehmen	Einnahmen aus laufendem Geschäft	Gewinn	Betriebswirtschaftliche Methoden	Kundin	Deutsche Post, öffentlicher Wohnungsbestand
<i>PPP/ÖPP</i>	Gemischt	Gemischt	Staatliche Gelder	Bedarfsdeckung/ Gewinn	Gemischt	Abnehmerin/ Nutznießerin	Autobahn GmbH des Bundes
<i>Konzessionsmodell</i>	Gemischt	Privatunternehmen	Einnahmen aus laufendem Geschäft	Bedarfsdeckung/ Gewinn	Betriebswirtschaftliche Methoden	Kundin	Viele Energieversorger

Definitionen

»**Rekommunalisierung**« bezeichnet die Umkehrung der Privatisierung auf der lokalen Ebene. Dabei kann unterschieden werden zwischen der Wiedereingliederung von Aufgaben in die öffentliche Verwaltung und dem Rückkauf von Unternehmen.

Wegmann 2021, S. 11

»Folgende **„rekommunalisierende“ Vorgehensweisen** lassen sich unterscheiden:

- Wiederaufgreifen von Aufgaben durch einen Verwaltungsträger (als Konkurrent oder Monopolist),
- Neugründung von Eigengesellschaften zum Aufgreifen von Aufgaben (als Konkurrent oder Monopolist),
- Rückübertragung operativer Dienstleistungen auf Regie- oder Eigenbetriebe als Teil der Verwaltung,
- Überführung von Kapitalgesellschaften in öffentlich-rechtliche Organisationsformen,
- Erhöhung des Gesellschaftsanteils an gemischt-wirtschaftlichen Unternehmen.«

▪ *Jens Libbe, Rekommunalisierung als Trend und Chance für Kommunen?, in: difu Berichte 3/2011, S. 2*

Privatisierung in Deutschland

These: Es gab mehrere »Wellen« der Privatisierung in Deutschland, die sich aus unterschiedlichen Antrieben speisten, deren Kraft sich aber heute größtenteils erschöpft hat.

Privatisierung in Deutschland

nach Mattered, Valentukeviciute, Wassmuth,
2017, 39ff

1. Welle: 1960er bis 1980er Jahre

Verkauf von Unternehmensanteilen im Industrie- und Finanzsektor

1965 Verkauf von Anteilen der VEBA (Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks AG) verkauft. Stärker

1984–87 Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks AG (VEBA)

1986–88 VIAG

1986–88 Volkswagen

1987–88 Lufthansa

1989 Salzgitter AG

Laut OECD: Rückgang der Zahl der Unternehmen mit Bundesbeteiligung in Deutschland von 808 auf 132

Privatisierung in Deutschland

2. Welle: Die zweite Privatisierungswelle als Folge der Liberalisierung in der EG/EU

- Im Vorfeld der Euroeinführung kam in damals wirtschaftlich schwächeren EU-Ländern Italien, Frankreich, Spanien, Portugal und Griechenland Privatisierungen zur Reduzierung der Neuverschuldung (Maastricht-Kriterien)
- In Deutschland Privatisierung der Infrastruktur: Netzwerkdienste, Medien, Energie- und Wasserversorgung, Bahn, Telekommunikation und Post (teil)privatisiert oder in private Rechtsform überführt

Privatisierung in Deutschland

3. Welle: Ausverkauf des DDR-Volkseigentums

- Umfasste viele Wirtschaftssektoren gleichzeitig: Finanzinstitute, Industrie, Landwirtschaft, Handel und Dienstleistungen. Zur konkreten
- Gründung der «Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums» (Treuhandanstalt)
- 1990 bis 1994 rund 13.000 Volkseigene Betriebe (VEB), dazu 22.340 Geschäfte, Gaststätten und Hotels sowie 1.734 Apotheken, 475 Buchhandlungen und 481 Kinos privatisiert
- weitere Privatisierung durch Treuhand-Nachfolgeorganisation «Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben»
- 80 % des DDR-Produktionsvermögens gingen bis Mitte 1994 an Westdeutsche, 14 % an Ausländer/innen, nur sechs Prozent an einstige DDR-Bürger/innen

Privatisierung in Deutschland

4. Welle: Cross-Border-Leasing

- 1995 bis 2003 schlossen rund 50 Städte und Zweckverbände insgesamt etwa 150 sogenannte Cross-Border-Leasing-Verträge (CBL) mit Volumen von ca. 50 Milliarden US-Dollar ab. Hochkomplexe Verträge
- Schwerpunkt auf öffentlichem Personennahverkehr sowie in der Wasserver- und -entsorgung. Ebenfalls verleast: ein Flughafen, verschiedene Messe- und Veranstaltungshallen, einige Müllverbrennungsanlagen sowie öffentliche Grundstücke.
- Genutzt wurde US-amerikanisches Steuerschlupfloch genutzt: Deutsche Kommunen brachten öffentliche Infrastrukturen für eine Dauer von zumeist 100 Jahren in CBL-Verträge ein und leasen sie sofort wieder zurück. Teil des generierten Steuervorteils wurde sofort an die Kommune ausbezahlt.
- Durch US-Steuerrechtsänderung 2004/5 für Investoren uninteressant geworden

Privatisierung in Deutschland

5. Welle: Knappe Kassen bringen Druck auf Daseinsfürsorge

- Privatisiert wird in den Bereichen Soziales Wohnen, Gesundheits- und Pflegedienste, (kommunale) Krankenhäuser, Bildung und Wissenschaft
- Austrocknung der Länder- und Kommunalfinanzierung durch rot-grüne Steuerreform unter Hans Eichel um die Jahrtausendwende bei gleichzeitiger Übertragung weiterer Aufgaben

Privatisierung in Deutschland

6. Welle: Öffentlich-private Partnerschaften

- ab Mitte der 1990er-Jahre in größerem Umfang Infrastrukturprojekte per ÖPP in Großbritannien und Australien
- Ende der 1990er-Jahre erste Projekte in öffentlich-privater Partnerschaft (ÖPP) in Deutschland
- Anwendung hierzulande z.B. bei Schulsanierungen, in Anlagen für Sport, Freizeit und Kultur, Verwaltungs- und Justizgebäuden zum Einsatz
- besonders umfangreiche ÖPP-Verträge bei IT-Versorgung der Bundeswehr und im Autobahnausbau und -betrieb abgeschlossen; Nachzügler: Die Autobahn GmbH des Bundes, »Aktienrente«
- 2005 ÖPPs durch »ÖPP-Beschleunigungsgesetz« erleichtert. Starkes Wachstum d. ÖPP-Projektvolumens
- ÖPP etablierte sich als am häufigsten verwendete Privatisierungsform

Privatisierung in Deutschland

7. Welle: Von Privatisierung zur Rekommunalisierung

- Privatisierungen haben in der BRD seit 1960 netto viele Arbeitsplätze gekostet.
- Versprechen hinsichtlich einer gestiegenen Servicequalität wurden vielfach nicht erfüllt. Die Deutsche Bahn AG und die Deutsche Telekom gelten heute vielen als Paradebeispiele für kund:innenfeindliche Unternehmen, die ihre Marktmacht und Monopolstellung nutzen, um hohe Preise durchzusetzen, und sich gleichzeitig Investitionen in der Fläche widersetzen
- (Politisch sichtbare) Privatisierungen sind unbeliebt, Rekommunalisierungen hingegen zunehmend auf Zuspruch stoßen.

Trend zur Rekommunalisierung

These: Es gibt einen supranationalen Trend zur Rekommunalisierung, in Deutschland mit starkem Schwerpunkt im Energiebereich.

1408 Rekommunalisierungen von öffentlichen Dienstleistungen

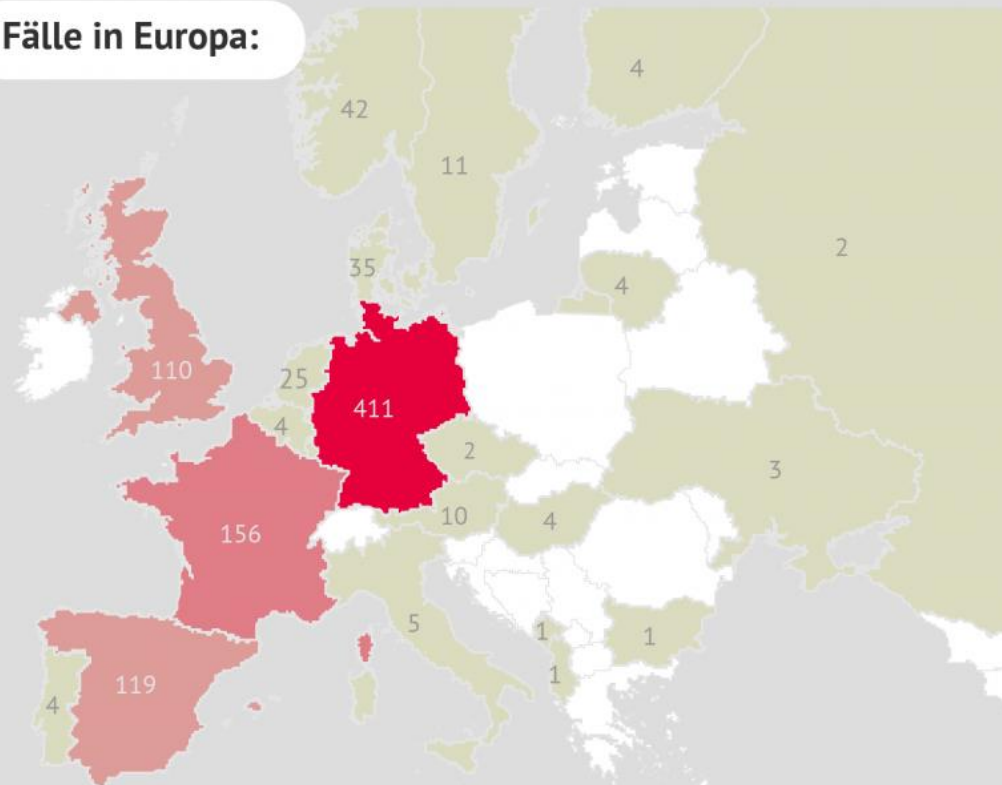
Anzahl der Fälle 2000-2019

Fälle außerhalb Europas:

Kanada: 51
USA: 230
Chile: 44
Phillipinen: 21
Malaysien: 16
Afrika: 12
Australien und Neuseeland: 7
weitere Länder: 53



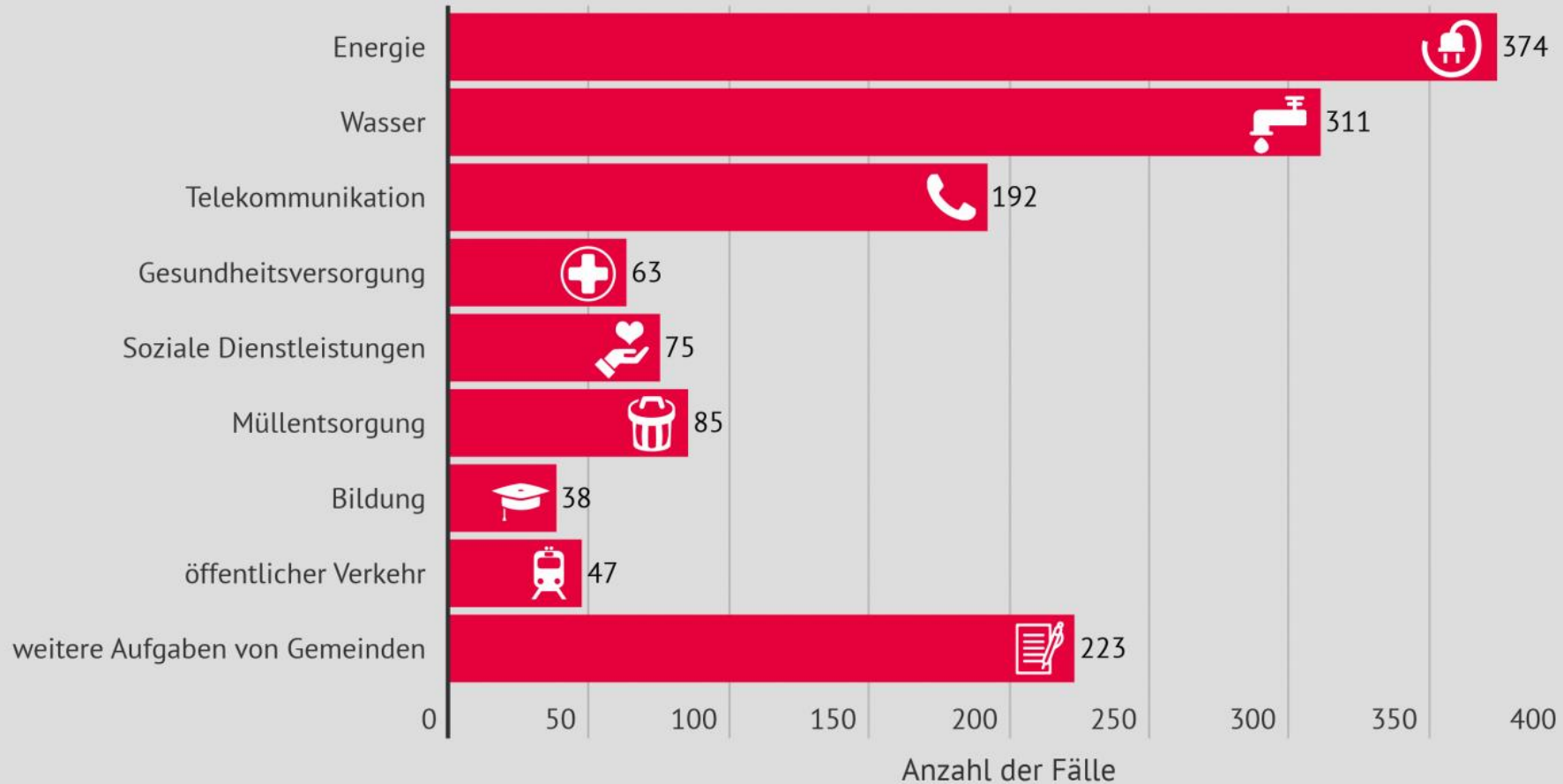
Fälle in Europa:



Quelle: TNI, 2020, eigene Darstellung.

In welchen Bereichen wird rekommunalisiert?

Fälle weltweit, 2000-2019



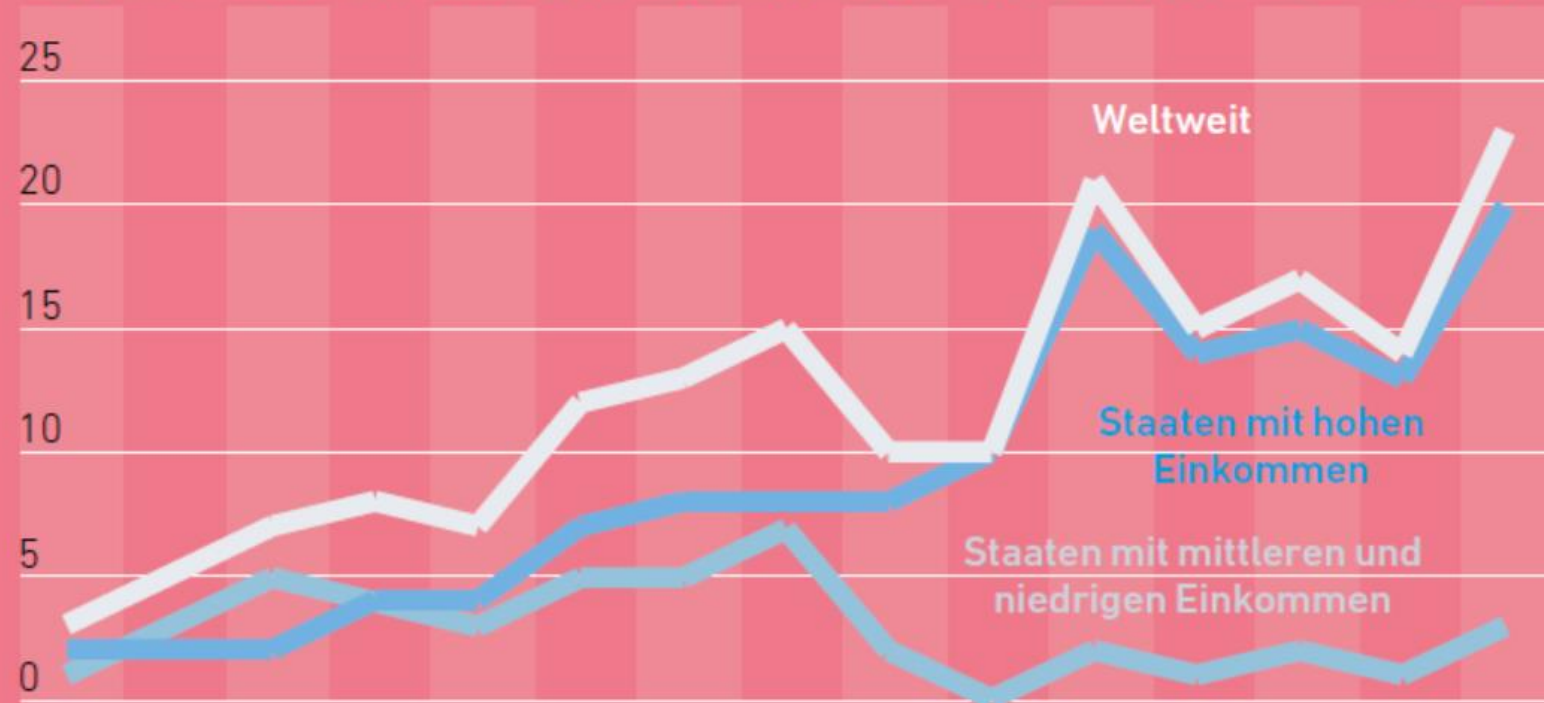
Quelle: TNI, 2020, eigene Darstellung.

REKOMMUNALISIERUNGSTREND WEITWEIT 2000-2014

Zahl der Städte, die zwischen 2000 und 2014 die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung rekommunalisiert haben.

IM JAHR:

2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012 2013 2014



180

Fälle insgesamt
weltweit

136

Alle Fälle aus
Staaten mit hohem
Einkommen

44

Alle Fälle aus
Staaten mit mittleren und
niedrigen Einkommen

Trend zur Rekommunalisierung

basierend auf Jens Libbe, Rekommunalisierung – empirische Belege und Einordnung in den ökonomischen und rechtlichen Bezugsrahmen, Verwaltung und Management 18. Jg., Heft 1, 2012, S. 21-33.

Schwerpunkt der Rekommunalisierungen im Energiebereich

- Wandel in energiepolitischen Rahmenbedingungen: ordnungsrechtliche Unterstützung der Energiewende, günstigere Voraussetzungen für dezentralere Versorgungsstruktur
- Drang hin zu intelligenten Stromverteilnetzen (»Smart Grid«) zwischen Energieerzeugern und Stromverbrauchenden bieten Chancen für Stadtwerke
- Bis 2015/2016 Auslaufen vieler Konzession für Strom- und Gasversorgung
- Vorteile der Option, selbst die Versorgung zu übernehmen:
- Einfluss auf Versorgungsstruktur, Arbeitsmarktpolitik, Unternehmensgewinn der Stadtwerke
- Bis 2020: Zinsen für Kommunalkredite auf historisch niedrigem Niveau

Trend zur Rekommunalisierung

Schwerpunkt der Rekommunalisierungen im Energiebereich

»Stadtwerke-Neugründungen erfolgen meist mit dem Ziel, den Einfluss auf den energiewirtschaftlichen Gestaltungs- und Wertschöpfungsprozess zu verbessern. Dabei spielte oft auch die Unzufriedenheit mit den Altkonzessionären eine große Rolle.(...)

Positive Erfahrungen anderer Kommunen und Erfolgsbeispiele von Stadtwerkegründungen und Rekommunalisierungen in Nachbargemeinden haben positive Ausstrahlungswirkung und erhöhen bei vielen Städten und Gemeinden im Umkreis den Wunsch, selbst in diesem Bereich aktiv zu werden. Anlass für die Unternehmensgründungen waren in den ermittelten Fällen zumeist die in vielen Kommunen auslaufenden Konzessionsverträge.«

- *Kurt Berlo und Oliver Wagner, 2015 - Widerstaende und Chancen von Rekommunalisierungen (Wuppertal-Institut)*

Trend zur Rekommunalisierung

These: Die Rekommunalisierung konnte zum breiteren gesellschaftlichen Trend werden wegen Eigenheiten, die sie als Option weit über das linke Spektrum hinaus als Option attraktiv machen.

Trend zur Rekommunalisierung

Quelle: Vera Weghmann, Daseinsvorsorge und
Rekommunalisierung. Eine Handreichung, Rosa
Luxemburg Stiftung, Berlin 2021, S. 20.

Kontrolle über öffentliche Dienstleistungen:

- mangelnde Kontrolle und verringerter Handlungsspielraum der Kommunen;
- Unfähigkeit, in Krisen einzugreifen;
- Unwilligkeit und mangelnde Flexibilität seitens der privaten Anbieter, ihre Leistungen an veränderte Umstände anzupassen.

Schlechte Qualität der von privaten Anbietern erbrachten Leistungen:

- zu niedrige Investitionen in Personal, Infrastruktur und Technik;
- zu hohe Preise und steigende Gebühren für die Dienstleistungsnutzer*innen.

Soziale und/oder ökologische Mängel:

- schlechtere Arbeitsbedingungen in privat(isiert)en Betrieben;
- Stellenabbau;
- Umweltverschmutzung;
- fehlende Nachhaltigkeit.

Mangelnde Transparenz und Bereitschaft privater Unternehmen, Rechenschaft abzulegen:

- mangelnde Transparenz bei den Gebühren;
- Betrug, Korruption und Interessenkonflikte.

Rückzug von privaten Anbietern aufgrund von:

- Insolvenz der Auftragnehmer;
- mangelnder Rentabilität;
- Nichterbringung der vertraglich vereinbarten Dienstleistung.

Trend zur Rekommunalisierung

Wettbewerbsrecht als (unbeabsichtigter) Treiber der Rekommunalisierung / »Technokratisches« Argument

- Vergabe- und Beihilferecht im Zusammenwirken mit ergangenen Rechtsprechung des EUGH:
- Bedingungen für Ausschreibungswettbewerb voraussetzungsvoll, nicht in allen Sektoren gegeben: Transaktionskosten: Aufwand der Vorbereitung, Durchführung und Kontrolle von Verträgen übersteigt oft Möglichkeiten der einzelnen Kommune.
- höher Spezifität einer Investition, umso größer Unsicherheit bei geplanten Vertragsbeziehungen, umso komplexer die nötige Absicherungsmaßnahmen, umso vorteilhafter Eigenproduktion
- durch Fehlens eines Marktes Eigenerstellung angebracht
- Kostengünstigste Anbieterin nach Ausschreibung nicht immer Leistungserbringerin mit bester Qualität

Trend zur Rekommunalisierung

Verbindung zum energiewirtschaftlichen Schwerpunkt der Rekommunalisierungen:

»Vor diesem Hintergrund lässt sich die öffentliche Leistungserbringung in kapitalintensiven und mit langen Investitionszyklen verbundenen Bereichen, wie sie insbesondere bei leitungsgebundenen Infrastrukturen vorzufinden sind, begründen. Umso mehr, wenn es sich um Aufgaben bzw. Leistungen mit strategischer Relevanz für die Kommune handelt.«

- *Jens Libbe, Rekommunalisierung – empirische Belege und Einordnung in den ökonomischen und rechtlichen Bezugsrahmen, Verwaltung und Management 18. Jg., Heft 1, 2012, S. 21-33, hier S. 27.*

Wasserprivatisierung und Rekommunalisierung in Rostock

Beispiele für Rekommunalisierung

- Politisches Klima Anfang der 1990er Jahre bestimmt von Forderung nach Schrumpfung des öffentlichen Sektors und Kosteneinsparungen
- mit knapper Mehrheit wird Wasserversorgung privatisiert durch Beauftragung des Konzerns Suez für 25 Jahre
- 2011 gibt Suez den Vertrag an Remondis-Tochter EURAWASSER weiter
- ab 2012/13 gewann Idee der Rekommunalisierung parteiübergreifend Unterstützung. Verwaltung mit Prüfung der Rekommunalisierung beauftragt
- 2014 stimmen bis auf CDU alle Fraktionen für Rekommunalisierung (rot-rot-grüne Mehrheit)
- Ende 2014: Gründung der kommunalen Gesellschaft Nordwasser

Quelle der Beispiele: Vera Wegmann, *Daseinsvorsorge und Rekommunalisierung. Eine Handreichung*, Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin 2021, S. 40ff, 53ff, 91ff.

Beispiele für Rekommunalisierung

Wasserprivatisierung und Rekommunalisierung in Rostock

- Rolle der Gewerkschaften: ver.di für Rekommunalisierung, IG BCE dagegen wegen drohenden Mitgliederverlusts
- Beschäftigte von EURAWASSER dafür, wechseln nach und nach zu ver.di
- EURAWASSER wehrt sich: Schreckensszenarien gegenüber der Kommunalpolitik, Beschwerde bei der EU-Kommission, Sabotage eines reibungslosen Übergangs (durch Vorenthaltung von Informationen u.a.)
- Seit 1.7.2018 ist Nordwasser für die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zuständig
- Preise für Wasser sanken um 24 Prozent, für Abwasserentsorgung um 14,4 Prozent
- Löhne der Nordwasser-Beschäftigten um 12-25% gestiegen

Beispiele für Rekommunalisierung

Rekommunalisierung der Energie im Hamburg

- Privatisierungen im Energiebereich Stromnetz: 2000–2014; Gas: 1999–2019; Fernwärmenetz: 2000–2020)
- E.ON kontrollierte Strom- und Fernwärmenetz und produzierte auch den Löwenanteil von Hamburgs Strom in seinem mit Kohle befeuerten Heizkraftwerk Wedel und ab 2015 im Kohlekraftwerk Moorburg
- Zur Erhöhung des Anteils erneuerbare Energie gründet schwarz-grüne Landesregierung 2009 Hamburg Energie
- Die Neugründung ist stark eingeschränkt ohne Versorgungsnetz. Daher ab 2010 Bündnis aus bald über 50 Gruppierungen »Unser Hamburg, unser Netz«
- Forderung: vollständiger Rückkauf des Netzes, Mittel: Volksentscheid (seit 2008 in Hamburg verbindlich)

Beispiele für Rekommunalisierung

Rekommunalisierung der Energie im Hamburg

- Volksentscheid war für Tag der Bundestagswahl am 22.9.2013 terminiert (seit 2008 verpflichtend)
- Im Vorfeld massive, rechtlich nicht zulässige Gegenkampagne von Vattenfall, unterstützt von CDU, FDP und SPD
- Gewerkschaften (ver.di und IG Metall) in der Frage uneins
- Bei Wahlbeteiligung von 62 Prozent stimmen 50,9 Prozent für Rückkauf der Netze
- Anfang 2014 kauft Hamburg das Stromnetz für 495,5 Mio. Euro zurück
- Anfang 2018 auch Gasnetz zurück gekauft
- Seit Rekommunalisierung verstärkt Investitionen ins Netz für mehr erneuerbare Energien

Beispiele für Rekommunalisierung

Rekommunalisierung im Verkehrssektor in Kiel

- Oberbürgermeister Norbert Ganser (1996-2003) will ausgeglichenen Haushalt durch Privatisierung erreichen
- Privatisierung der Kieler Wohnbaugesellschaft (11.000 Wohnungen) weit unter Wert; Kieler Stadtwerke in ÖPP
- 2003 Teilprivatisierung der Kieler Verkehrsgesellschaft durch Verkauf von 49 Prozent für nur 12.450 Euro
- Ergebnis der Privatisierung enttäuschend: ÖPNV durch die KGV kostete Stadt nicht weniger
- Ausschlaggebend für Umschwung: Änderung des Ausschreibungsrechts: Zwang zur europaweiten Ausschreibung, außer Unternehmen zu 100 Prozent im Eigentum der Stadt

Beispiele für Rekommunalisierung

Rekommunalisierung im Verkehrssektor in Kiel

- Anfang 2008 geht ausgerechnet von CDU Initiative zur Rekommunalisierung der KVG aus
- Einstimmiger Ratsbeschluss zur Rekommunalisierung der KVG
- Trotz Skepsis Unterstützung von ver.di und Betriebsrat
- Beschäftigte musste Verzicht bei Gehalt und Urlaubsgelt üben, gegen Beschäftigungsgarantie bis 2020
- Kiel stellt Busflotte auf Elektroantrieb um und senkt Fahrpreise zur Attraktivierung

**Einordnung der
Rekommunalisierung:
Historisch**

These: Der Trend zur Privatisierung reihte sich ein in die Phase neoliberaler Dominanz und hätte ähnliche soziale Triebkräfte.

Einordnung der Rekommunalisierung: Historisch

Einordnung der Privatisierungstrends

Bis zur neoliberalen Dominanz war Privatisierung ein dogmengeschichtlich und sozial-ökonomisch erstaunliches Phänomen: »[Adolph Wagner, Joseph A. Schumpeter u.v.a. gingen] von einem Gesetz der historisch fortschreitenden Beseitigung von Marktprinzipien [aus], das nicht erst mit dem angestrebten Übergang zum Sozialismus einsetzte, sondern ihrer Auffassung nach bereits der kapitalistischen Entwicklung eingeschrieben war.«

- Martin Höpner, Alexander Petring, Daniel Seikel, Benjamin Werner, Liberalisierungspolitik. Eine Bestandsaufnahme des Rückbaus wirtschafts- und sozialpolitischer Interventionen in entwickelten Industrieländern, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 65. Jg., Nr. 1, 2011, S. 1-32, hier S. 7.

Verstaatlichung war/ ist nicht automatisch links.

Weite Verbreitung von öffentlichem Eigentum bzw. Staatseigentum weit über die politische Linke hinaus:

- gaullistisches Nachkriegsfrankreich
- Franco-Diktatur
- verschiedene konservative Regierungen in UK vor Margaret Thatcher u.v.a.

Einordnung der Rekommunalisierung: Historisch

Zweifel an der These einer »neoliberalen Hegemonie«

- In den allermeisten Ländern und gerade in Deutschland gab es nie eine mehrheitliche Zustimmung zu Glaubenssätzen neoliberaler Doktrin
- Ihre Durchsetzbarkeit erreichte neoliberale Politik durch
 1. fehlenden Block der Gegenkräfte oder seine Schwächung
 2. Schwierigkeiten und Defizite sozialdemokratischer und linker Politik
 3. Durchsetzung neoliberaler Politik »auf der Krücke« von Gerechtigkeitsargumenten, die bis weit in fortschrittliche Kreise wirkten

<p>Anrufung zur Durchsetzung neoliberaler Politik</p>	<p><i>Insider/Outsider:</i> Arbeitsplatzsicherheit für bereits Beschäftigte muss mit schlechteren Beschäftigungschancen für »Nichtarbeitsplatzbesitzer« erkaufte werden</p>	<p><i>Eigenverantwortung:</i> Jede und jeder muss selbst schauen, wie sie oder er ihre »employability« erhöht und Anstellung findet</p>	<p><i>Standortsolidarität:</i> Überzogene Ansprüche an Lohnhöhe und soziale Sicherung schwächen den Standort, damit Beschäftigungszuwächse und sind daher unsolidarisch</p>	<p><i>Generationengerechtigkeit:</i> Beibehaltung der Lebensstandardsicherung in der gesetzlichen Rente ist wegen demographischer Entwicklung zu teuer; Staatsverschuldung belastet spätere Generationen über Gebühr</p>
<p>Gegentendenz</p>	<p>Fachkräftemangel, sichtbarer Anteil politischer Entscheidungen am Auslastungsgrad der Wirtschaft</p>	<p>Anrufung wirkt lächerlich angesichts gesamtgesellschaftlicher Probleme und Notlagen wie z.B. Energiepreisschocks</p>	<p>Läuft ins Leere wegen hohen Beschäftigungsstands und größerer Macht der Gewerkschaften</p>	<p>Staatsverschuldung inzwischen weniger gebrandmarkt, aber lebensstandardsichernde gesetzliche Rente nach wie vor abgelehnt</p>

Quelle: Alban Werner, *Schlägt der Neoliberalismus zurück? Über den Strukturwandel der Politik im Krisenzeitalter*. Eintrag im »Tagebuch des Umbruchs«, in: *oxiblog*, 23.8.2023.

Einordnung der Rekommunalisierung: Historisch

These: Der Umschwung hin zur Rekommunalisierung beruht auf Veränderung der Grundlagen für plausibles, problemorientiertes Handeln. Dies ist nicht zu verwechseln mit einer Gelegenheit für emanzipatorisch-transformatorisches Handeln.

	Selbstbild der Gesellschaft	Staatsaufgaben und -kapazitäten	Expertise	Organisierte Interessen	Alltag
<i>Neoliberalismus</i>	»Zerstörung von Allgemeinheiten« (Alex Demirovic), »There is no such thing as society«, Ungleichheit unwichtig oder funktional	Nur marktkonforme, regelsetzende Eingriffe, innerhalb des Rahmens für freies Spiel der Marktkräfte zum Wohlfahrtsoptimum	Entpolitisierung wichtiger Entscheidungen, technokratische Steuerung und Regelbindung	Störpotential, Entmachtung, ›Sonderinteressen‹	Möglichst wenig Regulierung, maximale Willkür, Freiheit von Kollektivkonsum
<i>Krise</i>	Gesellschaftlichkeit, kollektive Verwundbarkeit und Kollektivität der Problemlösung drängen sich in den Vordergrund, Ungleichheit ist politisch zu lösendes Problem	Diskretionäre Politik, Verhaltensregulierung, (Wieder)Aufbau von Staatskapazität, höhere Interventionsreichweite und -tiefe, Aussetzung oder Kompensation von Knappheitspreisen	Allgegenwart und Politisierung der Expertise, diskretionäre Steuerung, bedarfsorientierte Regeländerung	Neo-korporatistischer Einbindung und Aufwertung, ›Systemrelevanz‹	Nur durch (z.T. erhebliche) Intervention aufrecht zu erhalten

Einordnung der Rekommunalisierung: Systematisch

Um Rekommunalisierungen als Instrument linker Politik, insbesondere transformatorische linke Politik einordnen und beurteilen zu können, ist es sinnvoll, sie einer Typologie zur Einschätzung von Privatisierungen gegenüberzustellen.

Unterscheidung pragmatischer, taktischer und systemischer Privatisierungen

Pragmatische Privatisierungen: als technokratisch gedachte Problemlösung ohne große politische Motivation bzw. richtungspolitisch wahrgenommene dahinter, bspw. begründet durch Sachzwang-Argument, technischen Fortschritt
»Die zuständigen Akteure nehmen Privatisierung einfach als ein Instrument unter mehreren wahr. Wenn sie entscheiden, ob und wann zu privatisieren sei, nehmen sie die spezifischen Eigenschaften des Problems und seines Kontexts in den Blick und denken wenig über ideologische Konsistenz oder politische Konsequenzen nach« (Feigenbaum, Henig, Hammett 1998, 42)

Beispiel von Ulf-Birger Franz: Beauftragung von Unternehmen für hoch spezialisierte Leistungen

Einordnung der Rekommunalisierung: Systematisch

Taktische Privatisierungen »werden befürwortet, um die kurzfristigen politischen Ziele bestimmter Parteien, Politiker oder Interessengruppen zu erreichen. Sie zielen darauf, die Machtverhältnisse zu verändern, indem sie Verbündete anziehen und Unterstützer belohnen und um kurzfristige Ziele wie die Reduktion eines Haushaltsdefizits zu erreichen. In manchen Fällen kann man Privatisierung nutzen, um sein eigenes politisches Angebot stärker gegenüber der Konkurrenz herauszustellen.« (Feigenbaum, Henig, Hammett 1998, 42)

Beispiel: Privatisierungspolitik der neogaullistischen Regierung Jacques Chiracs während François Mitterands erstem Mandat (1986-88), Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit durch Kohl-Regierung (1990)

Einordnung der Rekommunalisierung: Systematisch

Systemische Privatisierungen »wie diejenige, in im Großbritannien und Neuseeland der 1980er Jahre und im Osteuropa der 1990er Jahre verfolgt wurde, sollen die gesamte Gesellschaft umgestalten, indem sie grundlegend wirtschaftliche und politische Institutionen verändern und wirtschaftliche und politische Interessen transformieren.

Systemische Privatisierung sucht die Erwartungshaltung der Leute daran zu senken, was die Regierung tun kann und wofür sie zur Verantwortung gezogen werden kann, sowie die Infrastruktur des öffentlichen Sektors zur Kontrolle und Durchsetzung politischer Ziele, und die Landschaft der Interessengruppen, um sie wenig freundlich für das Wachstum des Staates zu machen. « (Feigenbaum, Henig, Hammett 1998, 42f)

Beispiele: »Right to buy« für die Council Houses und Council Flats unter M. Thatcher

Einordnung der Rekommunalisierung: Systematisch

These: Rekommunalisierung KANN eine Plattform sein, um in eine emanzipatorisch-transformatorische Vorgehensweise einzusteigen. Dazu muss sie um ihre Spannungsfelder und Begrenzungen wissen.

Typ	Implikation	Beispiel
Pragmatische (Wieder)Aneignung	Die meisten Re-Kommunalisierungen	Wasser-Rekommunalisierung in Rostock
Strategische (Wieder)Aneignung	Großformatige Re-Kommunalisierungen mit Zielen, die über bessere Leistungserfüllung hinausgehen	Rückkauf der Energienetze in Hamburg
Transformatorische (Wieder)Aneignung	»Kommandohöhen«, »Knotenpunkte« von Politik/ Wirtschaft/ Gesellschaft	Elektromobilität, Smart City, künstliche Intelligenz, ökologische Energieversorgung

SCHAUBILD: Hegemoniebedarf für Privatisierung und (Wieder)Aneignung



Einordnung der Rekommunalisierung: Systematisch

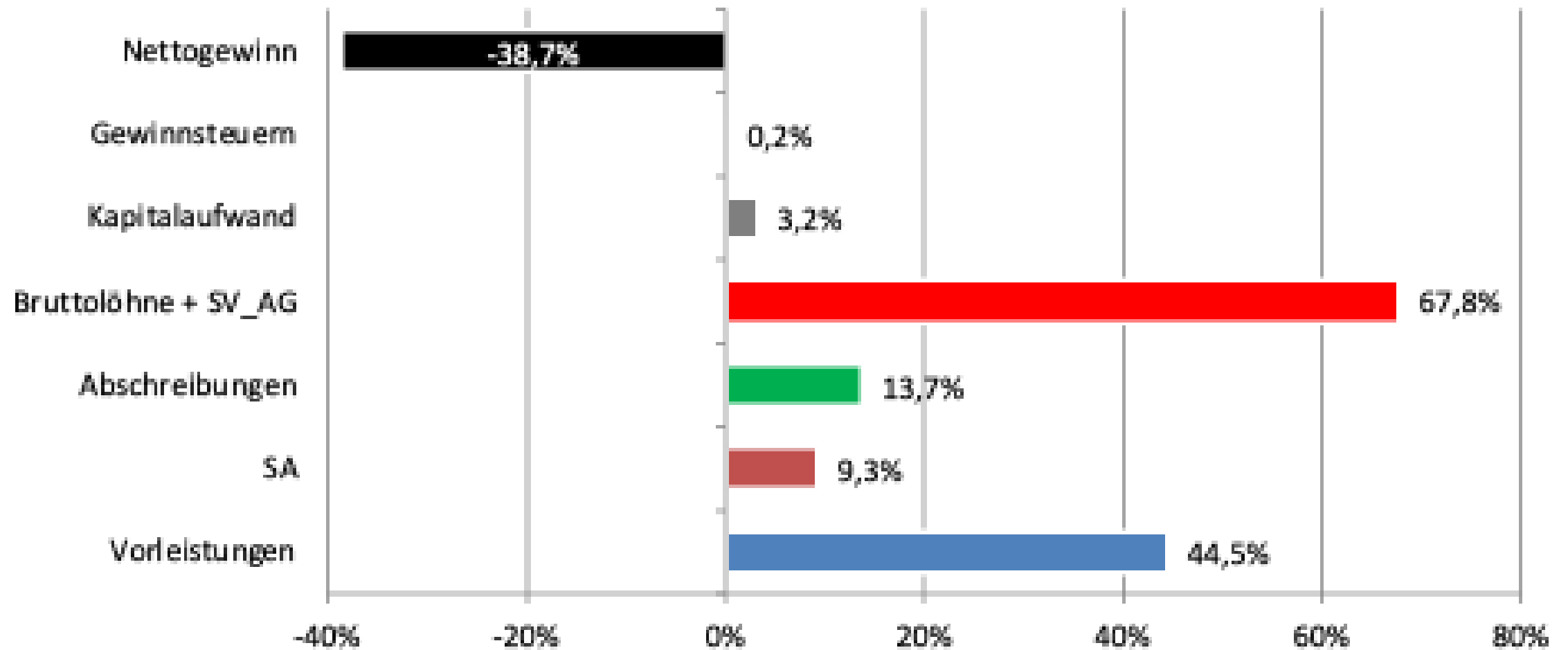
Spannungsfelder öffentlicher Unternehmen

Unterschiedliche Organisations- und Finanzierungsformen öffentlicher Unternehmen bedeuten unterschiedlichen Hegemoniebedarf.

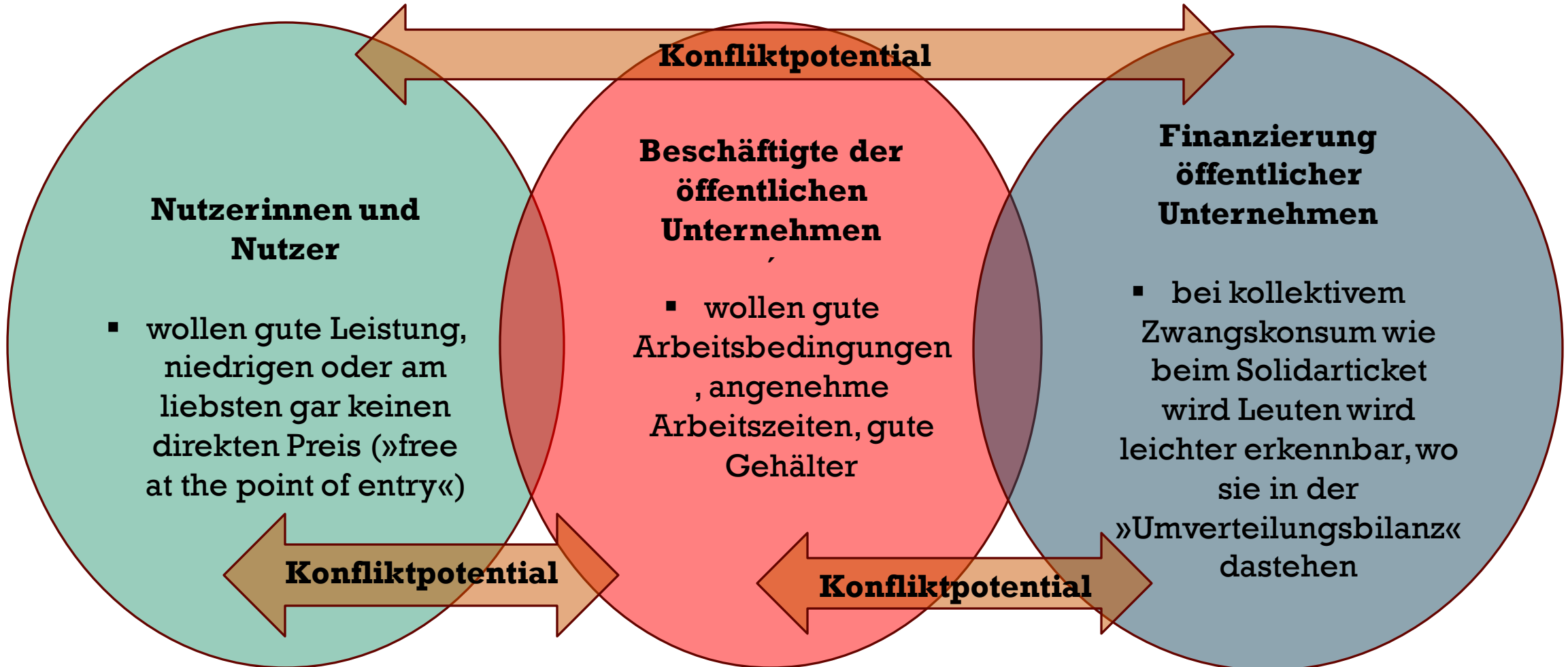
Idealtypisch:

- *Äußeres Extrem 1*: Vollkommen privat, »wahrer« kostendeckender Marktpreis (→ Martin Höpner: Liberalisierung = Aufhebung von Querfinanzierung, Terraingewinn des »wahren« Marktpreises)
- *Äußeres Extrem 2*: Solidarticket, kollektiver Zwangskonsum
- *Irgendwo dazwischen, wie heute*: »unwahrer« Marktpreis durch Subventionierung/ Querfinanzierung

Anteile von GuV-Posten am PW i.w.S. bei der KVB



Spannungsfelder öffentlicher Unternehmen



Schluss

Schlussfolgerungen

- Rekommunalisierungen sollten von Linken aufgegriffen werden als Teil eines Kampfes um Staatsaufgaben.
- Es geht um die richtigen Instrumente, aber auch die gesellschaftspolitischen Ziele, nach denen beurteilt wird, ob das Instrument das Richtige ist, und Kriterien, nach denen die erbrachte Leistung beurteilt wird.
- Rekommunalisierungen sind notwendig, aber nicht hinreichend. Erstens bleiben Kommunen verwundbar als unterstes Glied der Nahrungskette im finanzpolitischen Gefüge des Staates. Zweitens bleiben sie verwundbar durch restriktive Auslegung der Gemeindeordnung in den jeweiligen Bundesländern.
- Linke sollten dafür streiten, dass »der Staat als Pionier« neue Bereiche erschließt, um diese möglichst demokratisch zu gestalten.

{Hier bricht das Ms. ab.}

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit!